

# Solidaritätserklärung

**der Teilnehmer\*innen der ver.di-Krankenhaustagung 2024  
an die Beschäftigten des evangelischen Sophien- und Hufeland-Klinikums Weimar**

Liebe Kolleg\*innen,

mit großer Anerkennung verfolgen wir, die betrieblichen Interessenvertretungen aus Krankenhäusern in ganz Deutschland, euren unermüdlichen Einsatz für das Recht, eure Löhne und Arbeitsbedingungen auf Augenhöhe zu verhandeln und tariflich zu regeln. Wir sind beeindruckt von eurer Durchsetzungsstärke mit 45 Prozent gewerkschaftlichem Organisationsgrad und eurem Durchhaltevermögen - trotz aller Steine, die euch von Diakonie und Kirche in den Weg gelegt werden. Eure Geschäftsführung hat euch mit der gerichtlichen Verhinderung eines Warnstreiks erneut gezeigt, dass sie euer Recht auf Mitbestimmung nicht anerkennt. Diese Einschränkungen sind nicht akzeptabel, hier ist der Gesetzgeber gefragt. Wir erklären euch unsere uneingeschränkte Solidarität.

Vor dem Hintergrund des politisch gewollten wirtschaftlichen Wettbewerbs und der finanziellen Schiefelage vieler Krankenhäuser reagieren kirchliche Träger nicht anders als weltliche: Mit Ausgliederung von Servicebereichen, knapper Personalausstattung und Sparen an den Löhnen. Auch das Klinikum Weimar macht hier keine Ausnahme. Trotzdem soll euch verwehrt bleiben, euch wirkungsvoll für Entlastung und höhere Löhne einzusetzen. Euer Bestreben nach gelebter Demokratie im Betrieb und selbstbestimmter Verantwortungsübernahme wird abgelehnt. Anstatt mit euch zu verhandeln und eure Interessen ernst zu nehmen, pochen die diakonischen Arbeitgeber auf den sogenannten Dritten Weg und ihr „Selbstbestimmungsrecht“. Sie verhandeln im Hinterzimmer mit ihrem Verband kirchlicher Mitarbeitender der Evangelischen Kirchen Mitteldeutschlands - einem Verband, den sie zuvor selbst zusammen mit der Kirche in Mitteldeutschland aus der Taufe gehoben und mit über 105.000 Euro finanziert haben.

Wir fordern Kirche und Diakonie in Mitteldeutschland auf, euer Recht auf Mitbestimmung zu respektieren und den Dialog mit euch aufzunehmen. Wenn euer Arbeitgeber fair verhandelt, muss es schließlich gar nicht zum Streik kommen. Klar ist: Das Streikrecht muss auch für euch gelten!

Liebe Kolleg\*innen, bleibt stark und entschlossen. Ihr seid nicht allein in eurem Kampf. Eure berechtigten Anliegen finden weit über die Grenzen von Thüringen hinaus Gehör. Wir Beschäftigten im Gesundheitswesen sichern mit unserer Professionalität und unserem Engagement die Gesundheitsversorgung der Menschen. Egal ob staatlich, freigemeinnützig oder privat – wir lassen uns nicht auseinanderdividieren!

In Solidarität und voller Unterstützung,

Eure über 270 Kolleg\*innen aus betrieblichen Interessenvertretungen in Krankenhäusern und Universitätsklinika in ganz Deutschland